

## **Antrag**

**der Abgeordneten Martina Kaesbach, Katja Suding, Finn-Ole Ritter,  
Anna-Elisabeth von Treuenfels, Dr. Thomas-Sönke Kluth (FDP) und Fraktion**

**zu Drs. 20/10852**

**Betr.: Gesellschaftliche Anerkennung des Ehrenamts durch die Ehrenamtskarte stärken**

Ein knappes Drittel der Hamburgerinnen und Hamburger engagiert sich freiwillig beziehungsweise ehrenamtlich. Der Freiwilligensurvey 2009 kam zu dem Ergebnis, dass viele Ehrenamtliche sich mehr gesellschaftliche Anerkennung wünschen. Die von den GRÜNEN vorgeschlagene Einführung einer Ehrenamtskarte könnte hierzu einen Beitrag leisten. Erfahrungen aus anderen Bundesländern, in denen es bereits eine solche Ehrenamtskarte gibt, zeigen jedoch, dass die Karte mit einem erheblichen bürokratischen Aufwand verbunden ist; sowohl für die Vereine, die nachweisen müssen, dass die Bedingungen für die Inanspruchnahme erfüllt sind, als auch für die zuständigen Behörden, die dies nachprüfen müssen. Vor diesem Hintergrund ist vor der Einführung eine sorgfältige Prüfung notwendig, ob Aufwand und Nutzen im Verhältnis zueinander stehen.

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. vor Einführung der Ehrenamtskarte einen Bericht zu erstellen, der über die Erfahrungen (zum Beispiel bezüglich Inanspruchnahme, Kosten für die Umsetzung, bürokratischem Aufwand und anderem) aus anderen Bundesländern berichtet und Empfehlungen für eine mögliche Umsetzung in Hamburg gibt;
2. zu prüfen, welche Kosten durch die Einführung einer Ehrenamtskarte für die Freie und Hansestadt Hamburg entstanden und welche organisatorischen und personellen Kapazitäten für die Einführung und Umsetzung notwendig wären;
3. zu prüfen, ob für die Einführung der Ehrenamtskarte in Hamburg ausreichend geeignete Bonuspartner zur Kooperation bereitstünden;
4. der Bürgerschaft bis zum 1. September 2014 zu berichten.